

1. Mai 2017:

Nein zur Autobahnprivatisierung!

Still und leise arbeitet die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD, allen voran Finanzminister Schäuble (CDU) und Verkehrsminister Dobrindt (CSU), auf eine Privatisierung der Bundesfernstraßen hin und scheut dabei das Licht der Öffentlichkeit. Derzeit fädeln die Akteure der Regierung den bisher größten Coup zur Entstaatlichung öffentlichen Vermögens ein. Im Mai und Juni 2017 und damit noch vor der Bundestagswahl sollen Bundestag und Bundesrat mit entsprechenden Grundgesetzänderungen vollendete Tatsachen schaffen. Ein Kernpunkt ist die Überführung der bisherigen Autobahnverwaltung in ein privat-rechtliches Unternehmen. Dieses könnte dann Tochtergesellschaften gründen und ohne parlamentarische Kontrolle in großer Zahl öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) eingehen, die künftige Mauteinnahmen beleihen oder verkaufen. Sie könnte Schulden aufnehmen, Anteile verkaufen, stille Teilhaber aufnehmen, Anleihen und Genussscheine ausgeben.

Damit wäre die privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft unabhängig von ihrer Rechtsform das Einfallstor für die Privatisierung der Fernstraßen. Nutznießer wären Versicherungen, Banken und Hedgefonds, die angesichts von Niedrigzinsen ein Milliardengeschäft mit der Maut wittern. Ihnen nahestehende Berater wie Ex-Bundesverkehrsminister Bodewig (SPD) und Prof. Fratzscher (DIW) haben im Auftrag des früheren Wirtschaftsministers Gabriel (SPD) entsprechende Gutachten erstellt. Diese dienen jetzt als Grundlage für Beschlüsse, die hastig durch die Gremien geboxt werden sollen. Mit einer Geldspritze in Milliardenhöhe hat sich die Bundesregierung offenbar die Zustimmung der Länder zur Maut und damit zum Einstieg in die Autobahnprivatisierung im Bundesrat erkaufte. Ausgerechnet Thüringen hat nach der Zusage von Geldern für die Elektrifizierung einer wichtigen Bahnstrecke (Mitte-Deutschland-Verbindung) den Widerstand aufgegeben!

Jetzt heißt es:

- **Autobahnprivatisierung stoppen!**
- **Keine Grundgesetzänderung zum Zwecke der Privatisierung von Fernstraßen!**



Verlierer bei dieser drohenden Privatisierung und Umverteilung von unten nach oben wären nicht nur Autofahrer*innen, Berufspendler*innen und die bundesweit rund 30.000 Beschäftigten der Straßenbauverwaltung, sondern letztlich alle Lohnabhängigen. Wie bei früheren Privatisierungen und sogenannten Projekten öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) würde die öffentliche Hand unterm Strich massiv draufzahlen. Eine demokratische Kontrolle über die Infrastruktur wäre damit passé, der Bundestag entmachtet. Bundesrechnungshof und selbst der wissenschaftliche Beirat des Bundesverkehrsministeriums haben sich deutlich gegen diese Pläne ausgesprochen!

Maut als Treibstoff der Renditemaschine

Auch der DGB hat sich klar positioniert. „Mit der Autobahnprivatisierung würden Milliarden an Steuergeldern verschleudert, die Umwelt bedroht und Arbeitsplätze vernichtet. Die Pkw-Maut würde zum Treibstoff der Renditemaschine gemacht“, warnt IG BAU-Vorstandsmitglied Dietmar Schäfers. „Wenn die Politik versucht, die Autobahnen zu privatisieren, droht eine äußerst harte Auseinandersetzung vor der Bundestagswahl. Das lassen sich die meisten Menschen nicht gefallen.“ DGB-Vorstand Stefan Körzell warnt: „Autobahnen dürfen kein lukratives Geschäftsmodell für Banken und Versicherungen werden.“

Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt dieses Vorhaben ab. Schon rund 30.000 SPD-Mitglieder haben einen Aufruf für den Stopp der Autobahnprivatisierung unterschrieben. Ohne die SPD-Abgeordneten im Bundestag wäre eine Grundgesetzänderung nicht möglich. Ohne Landesregierungen mit Beteiligung der Parteien Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gäbe es keine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat.

Weitere Infos: www.gemeingut.org

Als comedy: www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-autobahn-100.html